



Datenschutzhinweise für die Nutzung des elektronischen Hinweisgebersystems des GKV-Spitzenverbands

Informationen nach Art. 13, 14 und 21 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Guten Tag,

nachfolgend informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 4 Nr. 2 DSGVO) im Zusammenhang mit der Nutzung des elektronischen Hinweisgebersystems des GKV-Spitzenverbands.

1. Verantwortliche im Sinne der Art. 13 Nr. 1 lit. a und b und Art. 14 Nr. 1 lit. a und b DSGVO

Dienststelle Berlin	Dienststelle Bonn (Abteilung DVKA)
GKV-Spitzenverband, vertreten durch den Vorstand, Reinhardstraße 28, 10117 Berlin	GKV-Spitzenverband – Abteilung Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung –Ausland (DVKA), vertreten durch die Geschäftsführung, Pennefeldsweg 12c, 53177 Bonn
Erik Berger Stabsstelle Innenrevision / Interne Meldestelle Telefon: 030 206288-4500	
Peter Wiercimok Datenschutzbeauftragter Telefon: 030 206288-4403	Carolin Birker Örtliche Stellvertreterin des Datenschutzbeauftragten Telefon: 0228 9530-717

2. Welche Daten verarbeiten wir und aus welchen Quellen stammen diese?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen eines Hinweises im Sinne des Hinweisgeberschutzgesetzes (HinSchG) von Ihnen oder Dritten erhalten, im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) zu verschiedenen Zwecken. Die Daten entstammen entweder aus dem von Ihnen ausgefüllten Online-Formular auf dem Hinweisgeberportal des GKV-Spitzenverbandes (digitales Hinweisgebersystem) oder beziehungsweise auf anderem Weg übermittelten Dateien oder Unterlagen (u.a. E-Mail, Postweg etc.).

Wir verarbeiten folgende Daten bzw. Kategorien von Daten, die wir von Ihnen direkt oder über von Ihnen beauftragte Personen im Rahmen der Meldung eines Verstoßes i.S.d. HinSchG erhalten:

- Informationen zur persönlichen Identifizierung des Hinweisgebers/der Hinweisgeberin, wie zum Beispiel Vor- und Nachname, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
- Beschäftigteneigenschaft zur Verifizierung;
- Informationen zu Betroffenen, d.h. natürliche Personen, die in einer Meldung als eine Person bezeichnet wird, die den Verstoß begangen hat, oder mit der die bezeichnete Person verbunden ist. Solche Informationen sind zum Beispiel Vor- und Nachname, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse oder sonstige Informationen, die eine Identifikation ermöglichen;
- Informationen über Verstöße, die ggf. Rückschlüsse auf eine natürliche Person erlauben;
- ggf. Audioaufnahmen über das Hinweisgeberportal.

3. Zu welchen Zwecken verarbeiten wir Ihre Daten und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten zum Zwecke der Untersuchung der Meldungen, um Verstöße gegen geltendes Recht oder Unternehmensrichtlinien zu verhindern, aufzudecken und/oder Folgemaßnahmen (wie Maßnahmen zur Prüfung der Stichhaltigkeit der in der Meldung erhobenen Behauptungen und ggf. zum Vorgehen gegen den gemeldeten Verstoß, unter anderem durch interne Nachforschungen, Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen, Maßnahmen zur (Wieder-)Einziehung von Mitteln oder Abschluss des Verfahrens vorzunehmen.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung

Wir verarbeiten Ihre Daten nur dann, wenn hierfür eine Rechtsgrundlage besteht.

Informationen zur persönlichen Identifizierung des Hinweisgebers verarbeiten wir nur, wenn uns der Hinweisgeber dazu eine Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO abgegeben hat. Danach ist die Verarbeitung nur rechtmäßig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke erteilt hat.

Informationen zur Beschäftigteneigenschaft, Informationen zu betroffenen Personen sowie sonstige Informationen, die Rückschlüsse auf natürliche Personen zulassen, verarbeiten wir auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO. Danach ist die Verarbeitung rechtmäßig, wenn die Verarbeitung zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder

eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen.

Unser berechtigtes Interesse besteht – je nach zu prüfendem konkreten Einzelfall – in der Bearbeitung von Meldungen, um Folgemaßnahmen durchführen zu können, wie Maßnahmen zur Prüfung der Stichhaltigkeit der in der Meldung erhobenen Behauptungen und ggf. zum Vorgehen gegen den gemeldeten Verstoß, unter anderem durch interne Nachforschungen, Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen, Maßnahmen zur (Wieder-)Einziehung von Mitteln oder Abschluss des Verfahrens. Ob Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person einer solchen Datenverarbeitung entgegenstehen, wird im Einzelfall – unter anderem auch mit Blick auf den Verstoß – geprüft.

Wir verarbeiten ggf. personenbezogene Daten von Beschäftigten auf Grundlage von § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG. Danach dürfen personenbezogene Daten von Beschäftigten i. S. d. § 26 Abs. 8 BDSG zur Aufdeckung von Straftaten verarbeitet werden, wenn zu dokumentierende tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass die betroffene Person im Beschäftigungsverhältnis eine Straftat begangen hat, die Verarbeitung zur Aufdeckung erforderlich ist und das schutzwürdige Interesse der oder des Beschäftigten an dem Ausschluss der Verarbeitung nicht überwiegt, insbesondere Art und Ausmaß im Hinblick auf den Anlass nicht unverhältnismäßig sind.

4. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an Dritte findet grundsätzlich nur statt, wenn dafür eine Rechtsgrundlage vorliegt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Übermittlung der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, nach denen wir zur Auskunft, Meldung oder Weitergabe von Daten verpflichtet sind, dient, Sie uns Ihre Einwilligung dazu erteilt haben oder eine Interessenabwägung dies rechtfertigt. Darüber hinaus verarbeiten externe Dienstleistungsunternehmen, wie beispielsweise externe Rechenzentren oder Telekommunikationsanbieter, personenbezogene Daten in unserem Auftrag als Auftragsverarbeiter. Je nach Zuständigkeitsschwerpunkt der Meldung sowie zur effektiven Einleitung von Folgemaßnahmen werden die personenbezogenen Daten ggf. an unsere entsprechenden zuständigen Fachabteilungen weitergegeben. Unter Umständen geben wir die personenbezogenen Daten auch an staatliche Gefahrenabwehr- und/oder Strafverfolgungsbehörden, sonstige zuständige Behörden und/oder zur Verschwiegenheit verpflichtete Personen, wie etwa an Wirtschaftsprüfer/Rechtsanwälte, weiter.

5. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

In der Regel werden die Daten aus einer Meldung nach **3 Jahren** gelöscht, nachdem das Verfahren endgültig abgeschlossen ist, es sei denn, die Einleitung weiterer rechtlicher Schritte (z. B. Einleitung von Straf- oder Disziplinarverfahren) erfordert die weitere Aufbewahrung, es besteht nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von gesetzlichen oder berufsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten die Verpflichtung zur längerfristigen Speicherung der Daten oder einer der betroffenen Personen hat in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt. Vorbehaltlich solcher Aufbewahrungspflichten werden Daten gelöscht, wenn der Zweck, zu dem sie erhoben wurden, weggefallen ist. Personenbezogene Daten im Zusammenhang mit Meldungen werden von uns unverzüglich gelöscht, sofern wir sie als offensichtlich sachlich grundlos erachten. Soweit gesetzlich zulässig, werden Daten auch gespeichert, wenn dies zur Geltendmachung von oder Verteidigung gegen Rechtsansprüche erforderlich ist.

6. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation findet nicht statt und ist nicht beabsichtigt.

7. Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Ihr Auskunfts-, Berichtigungs-, Einschränkung-, Löschungs-, Unterrichts- Übertragungs-, Widerspruchs- und Beschwerderecht ist gesondert beschrieben. Lesen Sie bitte den Abschnitt „Rechte der betroffenen Person“ in den Datenschutzrichtlinien des GKV-Spitzenverbandes unter <https://www.gkv-spitzenverband.de/datenschutz/datenschutz.jsp> bzw. der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung Ausland unter <https://www.dvka.de/de/global/datenschutzbestimmungen.html> .

Gesonderte Information über das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DSGVO

Nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Abs. 1 lit. f der DSGVO (Verarbeitung zur Wahrung der berechtigten Interessen der verantwortlichen Stelle oder eines Dritten) erfolgt, Widerspruch einzulegen. Dies trifft zu für:

- Betrugsprävention;
- Maßnahmen zur Gewährleistung und Verbesserung der Sicherheit von IT-Systemen;
- Maßnahmen zum Schutz vor rechtswidrigen Handlungen;

- Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und ist an den GKV-Spitzenverband, Innenrevision, Interne Meldestelle, Reinhardtstraße 28, 10117 Berlin zu richten.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass Fälle denkbar sind, in denen die Verarbeitung auf mehrere nebeneinander geltenden Rechtsgrundlagen gestützt werden könnte. In einem solchen Fall behalten wir uns vor, die Verarbeitung auch im Falle des Widerrufs der Einwilligung auf eine andere, gesetzliche Rechtsgrundlage zu stützen. Darüber werden wir Sie im Falle des Widerrufs der Einwilligung entsprechend informieren.

8. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Eine gesetzliche Pflicht zur Bereitstellung von Daten des Hinweisgebers besteht nicht. Die Nichtbereitstellung personenbezogener Daten des Hinweisgebers hat in der Regel zur Folge, dass nicht über Folgemaßnahmen informiert werden kann. Möglicherweise kann der Sachverhalt nicht vollständig aufgeklärt werden.

9. Gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Im Zusammenhang mit der Entgegennahme, Bearbeitung oder sonstigen Verarbeitungen von personenbezogenen Daten in Bezug auf das Hinweisgeberschutzgesetzes werden keine automatisierten Überwachungs- oder Bewertungssysteme gemäß Artikel 22 DSGVO eingesetzt.

10. Werden Ihre Daten für die Profilbildung genutzt?

Profiling ist jede Art der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten, die darin besteht, dass diese Daten verwendet werden, um bestimmte persönliche Aspekte zu analysieren oder vorherzusagen. Ihre Daten werden nicht zu einer Profilbildung (Profiling) genutzt.